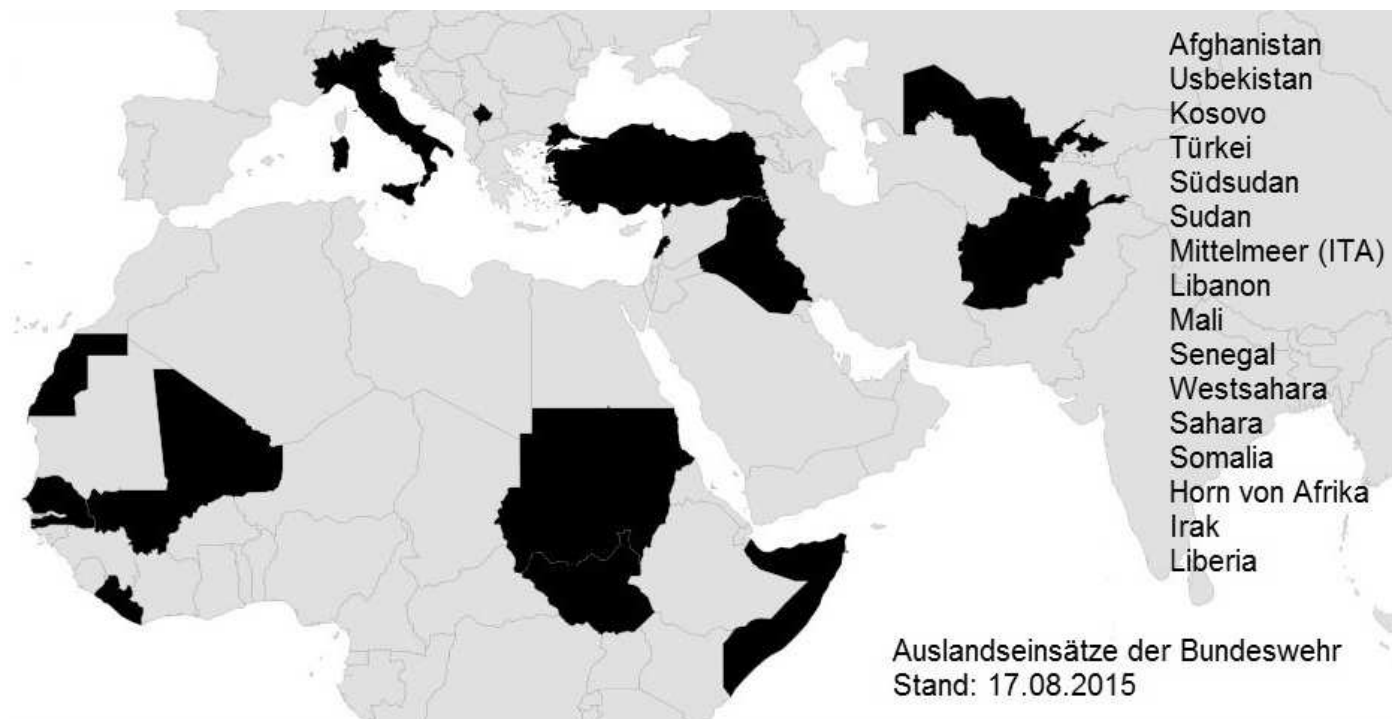


Roter Fächer

Informationen der DKP Karlsruhe



Krieg, Flucht und Vertreibung

Die Widersprüche imperialistischer Außenpolitik werden immer offensichtlicher. Kriegspolitik und politische Brandstiftung treiben immer mehr Menschen ins Elend. Die Bundesrepublik ist maßgeblich beteiligt.

Am **1. September 1939** entfachte das faschistische Deutschland mit dem Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg, dem Millionen Menschen zum Opfer fielen. Es war der Auftakt zur industriellen Massenvernichtung in den Konzentrationslagern und zum Vernichtungskrieg der Wehrmacht, der sich insbesondere gegen die Sowjetunion richtete.

Heute ist die von Wehrmachtsoffizieren aufgebaute **Bundeswehr wieder weltweit im Einsatz** um in neuem Gewandt alte Ziele zu verwirklichen. Rund 2.910 Bundeswehrsoldaten beteiligen sich derzeit an Einsätzen im Ausland. Vor allem im Rahmen der NATO war und ist die Bundeswehr weltweit auch an **Kriegseinsätzen** beteiligt. So im Kosovo, in der Türkei (an der Syrischen Grenze) in Afghanistan und Usbekistan sowie im ganzen Mittelmeer von der marokkanischen bis zur syrischen Küste. Mit einem Kontingent von 1.967 Soldaten (68%) operiert der Großteil der Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz im Rahmen von Kriegsmissionen der NATO.

Neben der militärischen Intervention betreiben die Bundesregierungen jedweder Couleurs **politische Brandstiftung**. So war der Staatsstreich in der Ukraine nur möglich, weil die „pro-westlichen“ bzw. antirussischen Aktivisten in der Ukraine von Anfang an und **mit Unterstützung auch der Bundesregierung** mit den Faschisten kooperierten, die eine anfänglich von friedlich gesinnten Demonstranten beherrschte Bewegung kaperten und in einen gewaltsamen Putsch mit zahlreichen Toten verwandelten. Mit der **politisch-militärischen Einkreisung Russlands** werden sicherheitspolitische Kerninteressen des Landes strategisch angegriffen und die Weichen zu einem 3. Weltkrieg gestellt. Nicht zuletzt auch durch die geplante Stationierung eines gegen Russland gerichteten Raketenabwehrsystems der NATO in Osteuropa und die Schaffung einer schnellen NATO-Eingreiftruppe gegen Russland (Very High Readiness Joint Task Force, VJTF). An letzterer ist die Bundeswehr maßgeblich beteiligt. - kaj

Sozial is' muss!

Überfälle auf Flüchtlingsunterkünfte nehmen massiv zu

Das Bundesinnenministerium gab bekannt, dass die Anzahl der Übergriffe auf Asyl- und Flüchtlingsunterkünfte im 1. Halbjahr 2015 bereits die Zahl von 2014 erreicht hat. Derweil marschieren Neonazis staatlich geschützt durch Karlsruhe.



In der Nacht zum 19. Juli wurde ein Brandanschlag auf die Asylunterkunft in Remchingen (Enzkreis) verübt. Bild: www.swr.de

Die **Überfälle auf Flüchtlingsunterkünfte** haben erheblich zugenommen. Das Bundesministerium des Innern gab bekannt: Im ersten Halbjahr 2015 wurden 202 Delikte gezählt. Darunter 22 Gewaltdelikte wie Körperverletzungen und Brandstiftungen. Die Zahl der Überfälle lag damit schon in den ersten sechs Monaten auf dem Niveau des gesamten Vorjahres: Im

Jahr 2014 waren insgesamt 203 Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte registriert worden. Auch in und um Karlsruhe gibt es mit erschreckender Regelmäßigkeit Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte. So z.B. in der Nacht zum 19. Juli auf eine geplante Unterkunft in Remchingen (Enzkreis).

Politik und Medien sehen die **Ursache** für die **steigende Gewalt gegen Flüchtlinge** in den gestiegenen Flüchtlingszahlen. Diese Einschätzung ist nicht nur oberflächlich, sondern demagogisch.

Denn einerseits muss gefragt werden: Welche Ursachen hat denn der Anstieg der Flüchtlingszahlen? Die Antwort ist leicht in der Außenpolitik der Bundesrepublik zu finden:

Zunahme von **Auslandseinsätzen der Bundeswehr**, Zunahme von **Rüstungsexporten** (auch in Krisen- und Kriegsgebiete), Zunahme imperialistischer Einmischung in die **inneren Angelegenheiten** anderer Staaten (mit dem völkerrechtswidrigen Ziel der Destabilisierung und des „Regime Change“). Diese aggressive Politik der „failed states“ zerstört systematisch den Lebensraum von Millionen von Menschen, vor allem im Nahen Osten und Nordafrika. Um unliebige Regierungen auszuschalten wird Tod, Flucht und Vertreibung von Millionen unschuldiger Menschen billigend in Kauf genommen.

Andererseits bedeutet ein Anstieg der Asylanträge keinesfalls unweigerlich auch einen Anstieg der Gewalt. Die Möglichkeit einer **freundlichen Aufnahme** von Flüchtlingen und die **Integration** in unsere Gesellschaft gibt es auch noch! Warum aber wird diese zweite, menschliche Variante des Umgangs mit Flüchtlingen von einer steigenden Anzahl von Deutschen abgelehnt? Dies liegt zum guten Teil auch daran, dass prominente Vertreter aus der bürgerlichen Politik sich verstärkt in Stimmungsmache gegen Flüchtlinge üben. Sie wirken als **etablierte Brandbeschleuniger**. Angefangen mit der Abschaffung des Asylrechts



1993. Seither gilt die sog. „Drittstaatenregelung“, der zufolge das Recht auf Asyl nicht gilt, wenn jemand über einen „sicheren Drittstaat“ nach Deutschland kommt. Da es für Flüchtlinge aus Syrien, Irak, Afghanistan, Kosovo, Albanien, Serbien etc. aber unmöglich ist nach Deutschland zu kommen ohne durch einen Drittstaat zu reisen, hat faktisch keiner mehr das Recht auf Asyl. Es gibt für Flüchtlinge so gut wie keine Möglichkeit, legal nach Deutschland zu kommen. Mit der faktischen Abschaffung des Menschenrechts auf Asyl wurde – **politisch gewollt** – eine Bühne für Hetze und Demagogie geschaffen. Diese wird gerade von rechts-konservativen Politikern wie Horst Seehofer (CSU) genutzt, der nicht Müde wird, einen „Asylmissbrauch“ zu beklagen. Die Lösung der Union: Die CDU möchte hermetisch abgeschottete **Sammellager für Asylbewerber** einrichten, sog. „Landeskompetenzzentren“. Dort sollen die Flüchtlinge bis zur Entscheidung über ihre Asylanträge konzentriert werden. Der SPD-Fraktionschef im Bundestag, Thomas Oppermann, steht dem in nichts nach und fordert ein Asylgesetz, welches „junge und leistungsbereite Menschen“ bevorzugt aufnimmt. Mit anderen Worten: Nur diejenigen, die durch das deutsche Kapital verwertbar sind, sollen bleiben. Alle anderen sollen wieder gehen. **Sevim Dagdelen**, migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, erklärt: „Dies läuft in der Praxis auf die Einführung eines Auslesesystems hinaus, dass mit fundamentalen Menschenrechten unvereinbar ist“. Selbst der grüne Ministerpräsident **Winfried Kretschmann** setzte sich Ende 2014 im Bundesrat für eine Verschärfung des Asylrechts ein. Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina gelten seither als „sichere Herkunftsländer“. Der Vorsitzende des Zentralrats der Sinti und Roma, Romani Rose, kritisiert damals: „Die Leute, die in die genannten Staaten abgeschoben werden, werden in die Perspektivlosigkeit abgeschoben“.

In **Karlsruhe** erleben wir seit Anfang des Jahres ebenfalls eine Brandbeschleunigung von Seiten der Stadt. Seit Februar marschieren hier regelmäßig Neonazis durch die Straßen - Wahlweise als „**Pegida**“ oder als „**Widerstand Karlsruhe**“. Der mutige und konsequente antifaschistische Protest engagierter Bürgerinnen und Bürger, aber vor allem der **Karlsruher Jugend**, wird von der Polizei systematisch kriminalisiert. Mittlerweile laufen zwischen 60 und 80 Ermittlungsverfahren gegen Karlsruher AntifaschistInnen. Das Demonstrationsrecht wird von der Polizei willkürlich eingeschränkt, z.B. indem völlig grundlos Platzverweise ausgesprochen werden. So etwa ein Platzverweis gegen zwei Personen, die einen Schal um den Hals trugen. Von der Polizei als „Vermummungsgegenstand“ kriminalisiert und konfisziert.

Zur Kriminalisierung der Antifaschisten gesellt sich die **Verharmlosung der Faschisten**. So lehnt die Stadt die begründete **Verbotsforderung** gegen die Nazi-Demos ab, die von mehreren Seiten ausgesprochen wurde. Zugrunde liegen Video- und Tonbeweise von **Morddrohungen und Volksverhetzungen** seitens der Nazis. Der Hauptausschuss des Gemeinderats begründet seine Ablehnung der Verbotsforderung mit einer hanebüchenen Argumentation: Die Demonstration/Kundgebung der Nazis könne nicht verboten werden, weil die Rechtsverstöße lediglich von Einzelpersonen ausgingen und nicht der ganzen Versammlung zugerechnet werden könnten. Das **Märchen vom Einzeltäter** soll also den faschistischen Charakter der Bewegung verdecken.

Die Redebeiträge auf den Pegida-Kundgebungen haben kontinuierlich **volksverhetzenden Charakter**. Volksverhetzung betreibt nach §130 StGB, wer „gegen eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihre ethnische Herkunft bestimmte Gruppe, gegen Teile der Bevölkerung oder gegen einen Einzelnen wegen seiner Zugehörigkeit zu einer vorbezeichneten Gruppe oder zu einem Teil der Bevölkerung zum Hass aufstachelt“. Nichts anderes tat etwa der Versammlungsleiter **Thomas Rettig** (AfD) in seiner Rede vom 16. Juni. Dort hieß es wörtlich: „Überall trifft man auf irgendwelche Schwarzafrikaner, Pakistaner oder andere illegale Einwanderer. Und was das Problem ist: Das zerstört unsere Heimat.“ Auch **Angelika Bähren** stachelte am 19. Mai zum Hass auf, als sie öffentlich propagierte, die Identität der deutschen Volksgemeinschaft sei „in unserer DNA verankert, fast wie ein Urzeit-Code.“ Diese „Identität des Volks“ werde durch Zuwanderung genetisch verunreinigt. **Frank Längle** machte in einem Redebeitrag am 2. Juli bei den „echten Deutschen“ einen natürlichen Intelligenzvorteil gegenüber der „weniger intelligente(n), kaum gebildete(n) Klasse der afro-arabischen Ausländer“ aus. Weiter führte Längle aus, dass diese Klasse „doppelt so viele weniger intelligente Kinder zeugt“ als die „echten Deutschen“, was zu einer Verdummung der Gesellschaft führe.

Volksverhetzung ist eine Straftat und nicht durch Versammlungs-, Meinungs- oder Demonstrationsfreiheit geschützt! Dies betont auch der **Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung der Vereinten Nationen**. Dieser zeigt sich in seinem aktuellen Deutschland-Report zutiefst besorgt über die Zunahme von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. Das UN-Gremium fordert ein **Verbot von Rassismus** in all seinen Formen. Für diese Forderung muss sich auch die Stadt Karlsruhe stark machen. - kaj

300 Jahre Karlsruhe

Die Reichsverfassungskampagne und die Badische Revolution 1849

Friedrich Engels kämpfte 1849 in der Badischen Revolution für die Anerkennung der Frankfurter Nationalversammlung, dem ersten gesamtdeutschen und demokratisch gewählten Parlament. In einer Aufsatzreihe „Die deutsche Reichsverfassungskampagne“ berichtet er über seine Erlebnisse. Wir dokumentieren seine Erfahrungen in und um Karlsruhe (Marx-Engels-Werke 7, S. 109 – 197).



Einzug der Freischaren in Karlsruhe am 19. Juni 1849. Unter den Soldaten: Der Kommunist Friedrich Engels.
Quelle: Stadtarchiv Karlsruhe.

»Der **Aufstand in Baden** kam unter den günstigsten Umständen zustande, in denen eine Insurrektion sich nur befinden kann. Das ganze Volk war einig in dem Haß gegen eine wortbrüchige, achselträgerische und in ihren politischen Verfolgungen grausame Regierung. ... Was unter diesen Umständen zu tun war, ist so einfach und handgreiflich, daß jetzt nach der Unterdrückung des Aufstandes jedermann es weiß, jedermann es gleich von Anfang gesagt haben will. Es handelte sich darum, sofort und ohne einen Augenblick zu zaudern, den Aufstand weiterzutragen, nach Hessen, Darmstadt, Frankfurt, Nassau und Württemberg. Es handelte sich darum, sofort von den disponiblen regulären Truppen 8000 bis 10000 Mann zusammenzuraffen - mit der Eisenbahn konnte das in zwei Tagen geschehen - und sie nach Frankfurt zu werfen - **„zum Schutz der Nationalversammlung“**. ... Alles das mußte jedoch im ersten Augenblick geschehen, um mit der Schnelligkeit durchgeführt zu werden, die allein den Erfolg sichern konnte. Acht Tage nach Einsetzung des Landesausschusses war es schon zu spät. Die rheinische Insurrektion war unterdrückt, Württemberg und Hessen rührten sich nicht, die anfangs günstig gestimmten Truppenteile wurden unsicher, sie folgten schließlich wieder ganz ihren reaktionären Offizieren. Der Aufstand hatte seinen allgemeindeutschen Charakter verloren, er war ein

rein badischer oder badisch-pfälzischer Lokalaufstand geworden. ...

In Baden, wie überhaupt in Süddeutschland, gibt es fast gar **keine große Bourgeoisie**. Die Industrie und der Handel des Landes sind unbedeutend. Es gibt daher auch nur ein sehr wenig zahlreiches, sehr zersplittertes, **wenig entwickeltes Proletariat**. Die Masse der Bevölkerung teilt sich in Bauern (die Mehrzahl), Kleinbürger und Handwerksgelesen. Die letzteren, die städtischen Arbeiter, in kleinen Städten zerstreut, ohne irgendein größeres Zentrum, in dem sich eine selbständige Arbeiterpartei ausbilden könnte, stehen oder standen wenigstens bisher unter dem vorwiegenden gesellschaftlichen und politischen Einfluß der Kleinbürger. Die Bauern, noch mehr über die Oberfläche des Landes zerstreut, ohne Bildungsmittel, haben mit den Kleinbürgern ohnehin teils zusammenfallende, teils sozusagen parallelaufende Interessen und standen daher ebenfalls unter ihrer politischen Vormundschaft. Die Kleinbürger, vertreten durch Advokaten, Ärzte, Schulmeister, einzelne Kaufleute und Buchhändler, beherrschten also teils direkt, teils durch ihre Vertreter die ganze politische Bewegung in Baden seit dem März 1848. Dieser Abwesenheit des Gegensatzes von Bourgeoisie und Proletariat und dem daraus hervorgehenden **politischen Übergewicht der Kleinbürgerschaft** ist es zuzuschreiben, daß eine sozialistische Agitation in Baden eigentlich nie existiert hat. Die

300 Jahre Karlsruhe

sozialistischen Elemente, die von außen hineinkamen, sei es durch Arbeiter, die in entwickelteren Ländern gewesen waren, sei es durch den Einfluß der französischen oder deutschen sozialistischen und kommunistischen Literatur, konnten sich nie Bahn brechen. ...

Als **Marx und ich** nach der Unterdrückung der „Neuen Rheinischen Zeitung“ zuerst auf badisches Gebiet kamen - es mochte der 20. oder 21. Mai sein, also mehr als acht Tage nach der Flucht des Großherzogs - , waren wir erstaunt über die enorme Sorglosigkeit, mit der die Grenze bewacht oder vielmehr nicht bewacht wurde. Von Frankfurt bis Heppenheim die ganze Eisenbahn mit württembergischen und Hessischen Reichstruppen besetzt; Frankfurt und Darmstadt selbst voll von Militär; alle Bahnhöfe, alle Ortschaften von starken Detachements okkupiert; regelmäßige Vorposten vorgeschoben bis an die Grenze. Von der Grenze bis Weinheim dagegen auch nicht ein Mann zu sehen; in Weinheim ebenso. Die einzige Vorsichtsmaßregel war die Demolierung einer kurzen Strecke der Eisenbahn zwischen Heppenheim und Weinheim. Erst während unsrer Anwesenheit traf ein schwaches Detachement des Leibregiments, höchstens 25 Mann, in Weinheim ein. Von Weinheim bis Mannheim herrschte wieder der tiefste Friede; höchstens hier und da ein einzelner, überlustiger Volkswwehrmann, der eher versprengt oder desertiert als im Dienst befindlich schien. Von Grenzkontrolle war natürlich erst recht keine Rede. Man ging hinein oder heraus, wie man wollte.

In Mannheim sah es allerdings schon etwas kriegerischer aus. Haufen von Soldaten standen auf der Straße oder saßen in den Wirtshäusern. Die Volkswwehr und Bürgerwehr exerzierte im Park, meist freilich noch sehr unbeholfen und mit schlechten Instruktoern. Auf dem Rathaus saßen eine Menge Komitees, alte und neue Offiziere, Uniformen und Blusen. Das Volk mischte sich unter die Soldaten und Freischärler, es wurde viel gezecht, viel gelacht, viel karessiert. Aber man sah gleich, daß der erste Aufschwung schon vorüber, daß viele unangenehm enttäuscht waren. Die Soldaten waren malkontent; wir haben die Insurrektion gemacht, sagten sie, und jetzt, wo die Bürgerlichen an die Reihe kommen und die Leitung übernehmen sollen, jetzt lassen sie alles ins Stocken geraten und verderben! ... Auf der andern Rheinseite, **in Ludwigshafen**, trat uns die Bewegung in einer viel heiteren Gestalt entgegen. Während in Mannheim noch eine Masse junger Leute, die offenbar zum ersten Aufgebot gehörten, ruhig ihren Geschäften nachgingen, als ob gar nichts geschehen sei, war hier alles bewaffnet. Es war freilich nicht überall so in der Pfalz, wie sich später zeigte....

In Karlsruhe nahm die Sache schon größere Feierlichkeit an. Im Pariser Hof war Table d'hotel um ein Uhr angesagt. Aber es wurde nicht angefangen, bis „die Herren vom Landesausschuß“ gekommen waren. Dergleichen kleine Aufmerksamkeiten gaben der Bewegung schon einen wohlthuenden bürokratischen Anstrich. Wir sprachen gegen verschiedene Herren vom Landesausschuß die oben entwickelte Ansicht aus, daß gleich im Anfang nach Frankfurt hätte marschiert und dadurch die Insurrektion weiter ausgedehnt werden müssen, daß es jetzt höchstwahrscheinlich schon zu spät und daß ohne entscheidende Schläge in Ungarn oder ohne eine neue Revolution in Paris die ganze Bewegung schon jetzt rettungslos verloren sei. Man kann sich die Entrüstung nicht denken, die bei solchen ketzerischen Behauptungen unter diesen Bürgern vom Landesausschuß losbrach. ... Jetzt, nachdem die Ereignisse uns recht gegeben, haben dieselben Herren natürlich von jeher auf die Offensive gedrungen.

Von Karlsruhe gingen wir nach der Pfalz, und zwar zunächst **nach Speyer**... Kurz nachher verließen wir Bingen, und Marx ging mit einem Mandat des demokratischen Zentralausschusses nach Paris, wo ein entscheidendes Ereignis nahe bevorstand, um bei den französischen Sozialdemokraten die **deutsche revolutionäre Partei** zu vertreten. Ich ging nach **Kaiserslautern** zurück, um dort einstweilen als einfacher politischer Flüchtling zu leben und später vielleicht, wenn sich eine passende Gelegenheit bieten sollte, beim Ausbruch des Kampfes die einzige Stellung einzunehmen, die die „Neue Rheinische Zeitung“ in dieser Bewegung einnehmen konnte: **die des Soldaten**...

In Karlsruhe erhielten wir Gewehre für unsre Sensenkompanie und einiges Tuch zu Mänteln. Wir ließen Schuhe und Kleider so rasch wie möglich reparieren. Auch neue Leute kamen zu uns, mehre Arbeiter, die ich vom Elberfelder Aufstand her kannte, ferner Kinkel, der als Musketier in die Besançonner Arbeiterkompanie eintrat, und Zychlinski, Adjutant des Oberkommandos im Dresdner Aufstand und Führer der Arrieregarde beim Rückzug der Insurgenten. Er trat als Schütze in die Studentenkompanie. Neben der Vervollständigung der Ausrüstung wurde die taktische Ausbildung nicht vergessen. Es wurde fleißig exerziert und am zweiten Tage unsrer Anwesenheit ein **simulierter Sturm auf Karlsruhe vom Schlossplatz aus** vorgenommen. Die Spießbürger bewiesen durch ihre allgemeine und tiefgefühlte Entrüstung über dies Manöver, daß sie die Drohung vollständig verstanden hatten.

Man faßte endlich den kühnen Entschluß, die Waffensammlung des Großherzogs in Requisition

zu setzen, die bisher wie ein Heiligtum unangetastet geblieben war. Wir waren eben im Begriff, zwanzig daraus erhaltene Büchsen pistonieren zu lassen, als die Nachricht kam, **die Preußen** seien bei Germersheim über den Rhein gegangen und **ständen in Graben und Bruchsal**. Wir marschierten sogleich - am 20. Juni abends - nebst zwei pfälzischen Kanonen ab. Als wir nach Blankenloch kamen, anderthalb Stunden von Karlsruhe gegen Bruchsal zu, fanden wir dort Herrn Clement mit seinem Bataillon und erfuhren, daß die preußischen Vorposten bis etwa eine Stunde von Blankenloch vorgeschoben seien. Während unsre Leute unterm Gewehr zu Abend speisten, hielten wir Kriegsrat. Willich schlug vor, die Preußen sogleich anzugreifen. Herr Clement erklärte, mit seinen ungeübten Truppen keinen nächtlichen Angriff machen zu können. Es wurde also beschlossen, daß wir sogleich auf Karlsdorf vorgehn, etwas vor Tagesanbruch angreifen und die preußische Linie zu durchbrechen suchen sollten. Geling uns dies, so wollten wir **auf Bruchsal marschieren** und uns womöglich hineinwerfen. Herr Clement sollte dann bei Tagesanbruch über Friedrichsthal angreifen und unsre linke Flanke unterstützen. Es war etwa Mitternacht, als wir aufbrachen.

Unser Unternehmen war passabel verwegen. Wir waren nicht ganz siebenhundert Mann mit zwei Kanonen; unsre Truppen waren besser exerziert und zuverlässiger als der Rest der Pfälzer Truppen, auch ziemlich ans Feuer gewöhnt. Wir wollten mit ihnen ein feindliches Korps angreifen, das jedenfalls viel geübter und mit geübtem Subalternoffizieren versehen war als wir, bei denen einzelne Hauptleute kaum in der Bürgerwehr gewesen waren; ein Korps, dessen Stärke wir nicht genau kannten, das aber nicht unter 4000 Mann zählte. Unser Korps hatte indessen schon ungleichere Kämpfe bestanden, und auf minder ungünstige Zahlenverhältnisse war ja in diesem Feldzug überhaupt nicht zu rechnen. ...

Die **Reichsverfassungskampagne** ging zugrunde an ihrer eignen Halbheit und innern Misere. Seit der Juniniederlage 1848 steht die Frage für den zivilisierten Teil des europäischen Kontinents so: entweder **Herrschaft des revolutionären Proletariats** oder Herrschaft der Klassen, die vor dem Februar herrschten. Ein Mittelding ist nicht mehr möglich. In Deutschland namentlich hat sich die Bourgeoisie unfähig gezeigt zu herrschen; sie konnte ihre Herrschaft nur dadurch gegenüber dem Volk erhalten, daß sie sie an den Adel und die Bürokratie wieder abtrat. In der Reichsverfassung versuchte die Kleinbürgerschaft, verbündet mit der deutschen Ideologie, eine unmögliche Ausgleichung, die den Entscheidungskampf aufschieben sollte. Der Versuch mußte scheitern: denjenigen, denen es ernst war mit der Bewegung,

war es nicht ernst mit der Reichsverfassung, und denen es ernst war mit der Reichsverfassung, war es nicht ernst mit der Bewegung.«

Der DGB lädt alle Gewerkschaftsmitglieder ein, am 10. Oktober gemeinsam mit dem Bus zur Demonstration anzureisen. Die Busfahrt ist kostenfrei.

Abfahrtszeiten (verschiedene Busse):

Abfahrt ab **Karlsruhe**, Messplatz um 2.50 Uhr

Abfahrt ab **Bruchsal**, Parkplatz TRIWO Talstr. um 3.25 Uhr

Abfahrt ab **Bretten**, Im Grüner um 2.50 Uhr

Weitere Abfahrtszeiten und Orte unter:
<http://nordbaden.dgb.de/>

Bitte meldet Euch im DGB-Büro Karlsruhe verbindlich an: Telefon: 0721 / 93121-0, oder E-Mail: karlsruhe@dgb.de

Ver.di: Mitglieder lehnen Schlichterspruch im Tarifkonflikt des Sozial- und Erziehungsdienstes ab

In der Mitgliederbefragung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) über die Schlichtung im Sozial- und Erziehungsdienst haben 69,13 Prozent der ver.di-Mitglieder den Schlichterspruch abgelehnt. „Das ist ein klarer Handlungsauftrag, den Streik fortzusetzen“, sagt der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske.

Vom 8. Mai bis zum 8. Juni streikten bundesweit **240.000 Beschäftigte** im kommunalen **Sozial- und Erziehungsdienst** für eine bessere Bezahlung und die notwendige Anpassung der Vergütung an die wachsenden verantwortungsvollen Aufgaben, die sie zu bewältigen haben. Die Streikenden vertraten dabei auch die Interessen der 500.000 Erzieherinnen und Erzieher, die in **kirchlichen Einrichtungen** beschäftigt sind und nicht streiken dürfen.

Nachdem von den Dienstherren auch nach mehreren Verhandlungen **kein zufriedenes Angebot** unterbreitet worden war, einigten sich die Gewerkschaft ver.di und die kommunalen Arbeitgeber im Tarifkonflikt auf eine **Schlichtung**. Die Schlichtungskommission setzte sich aus je acht Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaft und der kommunalen Arbeitgeber sowie zwei Vorsitzenden zusammensetzen.

Die **Empfehlung der Kommission** liegt mittlerweile vor und wurde im Rahmen einer bundesweiten Streikdelegiertenkonferenz mit den Vertreterinnen und Vertretern aus den Streikbetrieben beraten. Anschließend wurde sie allen Gewerkschaftsmitgliedern zur Abstimmung vorgelegt. **Das Ergebnis:** 69,13 Prozent der ver.di-

Mitglieder lehnen den Schlichterspruch ab. **Der Grund:** Die Kernforderung der Gewerkschaft wurde nicht erfüllt – eine echte **Aufwertung ihrer Arbeit!** So berücksichtigt der Schlichterspruch Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen nur ungenügend. Erzieherinnen in Vollzeit (Entgeltgruppe S6) bekämen monatlich gerade einmal 60 Euro mehr. Dabei ist zu betonen, dass 62 Prozent der Beschäftigten in Teilzeit arbeiten, d.h. deren Lohnsteigerung noch geringer ausfallen würde.

Schon gewusst...?!

Wenn in der Kita gestreikt wird, sollten Eltern sofort ihren Arbeitgeber informieren und wenn sie trotz intensiver Bemühungen keine alternative Betreuung finden, muss dieser sie bei voller Lohnfortzahlung freistellen – das ist in § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs geregelt.

Frank Bsirske, Vorsitzender der Gewerkschaft ver.di, sagte in einer Erklärung am 8. August, dass eine solche klare Ablehnung einer Schlichtungsempfehlung außergewöhnlich sei. „Das ist ein klares Signal an die eigene Gewerkschaft, aber auch an die Arbeitgeber, die gut beraten sind, dieses Signal der Beschäftigten im

Sozial- und Erziehungsdienst ernst zu nehmen.“

Die 8. Verhandlungsrunde am 13. August blieb ohne Ergebnis, da die Arbeitgeber zu keinerlei Zugeständnissen bereit waren. Damit haben die Arbeitgeber die Weichen auf **Fortsetzung des Streiks** gestellt. Nach den Sommerferien wird ver.di über weitere Schritte entscheiden. - kaj

NPD plant Landeszentrale in Baden-Württemberg

Die NPD plant in Meßstetten im Zollernalbkreis bei Tübingen den Kauf einer Gaststätte zwecks Gründung einer Landeszentrale. Eine solche gibt es in Baden-Württemberg noch nicht. Die Zentrale der Nazi-Partei würde sich nur 1 km entfernt von der Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge befinden.

Käufer der Gaststätte „Waldhorn“ ist **Jan Zimmermann**, Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Breisgau. Das Geld stammt vom ehem. Wehrmachtssoldaten **Rolf Hanno**. Die Gaststätte am Ortseingang soll als Geschäftsstelle, Schulungszentrum und Veranstaltungsort genutzt werden. Bis zu 60 Nazis können in den 14 Zimmern übernachten. Dass die NPD-Zentrale nur knapp 1 km von der **Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge** entfernt ist, ist kein Zufall. Auf seiner Facebook-Seite hetzt Jan Zimmermann gegen die

Landeserstaufnahmestelle und behauptet, die Einwohner seien „genervt“ ob des „wildes Urinierens, Saufens und Lärmens“ der Flüchtlinge. Am 21. August sollte in Emmendingen die notarielle Beurkundung stattfinden. Der Termin wurde kurzfristig verschoben. Jedoch ist der Vorvertrag nach Auskunft des bisherigen Besitzers bereits unter Dach und Fach. Infos: <http://keinebasis.blogspot.de/> und <http://tuebingen.vvn-bda.de/>.

US-Geheimdienstchef a. D. bestätigt: Obama traf „willentliche Entscheidung“, die Terrororganisation „Islamischer Staat“ zu bewaffnen und zu finanzieren

Der USA-Imperialismus stellt seit dem Ende des 2. Weltkrieges die **größte Gefahr für den Weltfrieden** dar. Wer dies nicht glauben mag, lese das Interview des arabischen Nachrichtensenders **Al Jazeera** mit Michael T. Flynn, dem ehem. Chef des US-Geheimdienstes *Defense Intelligence Agency* (DIA). Grundlage des Interviews ist ein **DIA-Dokument** aus dem Jahre 2012 dessen Freigabe erst kürzlich gerichtlich durchgesetzt wurde und dessen Lektüre ebenfalls zu empfehlen ist.

In dem Geheimdienstdokument an die US-Regierung heißt es wörtlich: „Die Salafisten, die Moslembruderschaft und Al Qaeda im Irak, sind die Hauptkräfte, die den Aufstand in Syrien vorantreiben.“ Mit diesem Wissen ist die US-Regierung seit 2012 bei der Koordinierung von Waffenlieferungen **an genau diese Gruppierungen** behilflich. Die Obama-Administration traf laut Flynn die „willentliche Entscheidung“ einen Aufstand zu unterstützen, der von Salafisten, Al-Qaida und der Moslembruderschaft ausging. **Krieg, Völkermord und Vertreibung** wurden von den USA bewusst forciert um ihre geopolitischen Interessen in der Region durchzusetzen. Hauptziel war und ist es, die Regierung Assad in Syrien zu stürzen.


Aus dem freigegebenen DIA-Dokument aus dem Jahr 2012 geht unzweideutig hervor, dass die US-Regierung und ihre Verbündeten in der Region „ein **salafistisches Kalifat** im Osten Syriens schaffen wollten, um das syrische Regime zu isolieren“ (*wörtliches Zitat*). Die Schaffung eines Islamischen Staates in Irak und Syrien war also seit spätestens 2012 **strategisches Ziel der Regierung Obama**.

Die menschenverachtende Strategie der US-Regierung hat ihre historische Wurzel in der völkerrechtswidrigen **Aggression gegen den Irak**. Vor der Zerstörung des Irak spielte die religiöse Zugehörigkeit zu Sunniten oder Schiiten nur eine untergeordnete Rolle (vgl. S. 53 des Buches „Wer den Wind sät. Was westliche Politik im Orient anrichtet“ von Michael Lüders, langjähriger Nahost-Korrespondent der ZEIT).

Die religiösen Konflikte flammten erst auf, nachdem die USA im Irak militärisch intervenierten und die gesellschaftliche Ordnung zerstörten. **Handlanger der USA** in der Region – freilich nicht ohne Eigeninteressen – ist auch die **Bundesregierung**. Bereits am 14. Dezember 2012 beschloss der Bundestag die Entsendung deutscher bewaffneter Streitkräfte an die syrische Grenze in der Türkei. Das aktuelle Mandat ist bis zum 31. Januar 2016 befristet und erlaubt den Einsatz von bis zu 400 Soldaten. Derzeit befinden sich rund 260 deutsche Soldaten im Einsatz. Teil der Mission ist auch die Entsendung von **PATRIOT-Flugabwehrsystemen**. Neben der Entsendung von Soldaten zündelt die Bundesregierung auch mit dem Export von Waffen in die Krisenregion. So z.B. an Saudi-Arabien und die Türkei. – kaj

Widerstand gegen Imperialismus und Krieg

Werde Mitglied in der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)




UZ - unsere zeit -
Wochenzeitung der DKP

Jetzt 4 Wochen
kostenlos probelesen!

Einfach E-Mail mit Name und Adresse an:
info@unsere-zeit.de
Tel.: 0201 - 17 78 89 23 · www.dkp.de



UZ – Die Zeitung der DKP geht online.

Am 1. September startet das neue Onlineangebot der UZ. Bis Ende des Jahres 2015 stehen sämtliche Funktionen kostenlos zur Verfügung.

Einfach reinschnuppern und informieren:

www.unsere-zeit.de

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Hrsg.: DKP Karlsruhe,
V.i.S.d.P.: Hans Jürgen Rettig,
Markgrafenring 10, 76703 Kraichtal